

Strahlenopfer in Deutschland, aber nicht im Kosovo

Kommission legt Bericht zu Radar und Uranmunition bei Bundeswehr vor - Scharping verspricht «großherzige» Regelung bei Entschädigungen

Von Frank E. Lippold

Berlin - Verteidigungsminister Rudolf Scharping kann einen Erfolg verbuchen - und muss gleichzeitig eine Schlappe hinnehmen. Die geht allerdings auf das Konto mehrerer seiner Vorgänger. Zum einen gab der von Scharping im Januar eingesetzte so genannte Arbeitsstab Dr. Sommer bei der umstrittenen Uranmunition «Entwarnung und zugleich Entlastung». Zum anderen attestierte die Untersuchungskommission, dass Bundeswehrsoldaten in den 60er- und 70er-Jahren krebsauslösender Strahlung ausgesetzt waren. Und das hat umfangreiche juristische Folgen.

Scharping und Theo Sommer, langjähriger Herausgeber der Wochenzeitung Die Zeit und Vizechef der ehemaligen Wehrstrukturkommission, stellten gestern in Berlin den Bericht «Die Bundeswehr und ihr Umgang mit Gefährdungen und Gefahrenstoffen» vor. Darin hat der Arbeitsstab die Felder Uranmunition, Radar und Asbest aufgearbeitet.

Meldungen über den Tod von Soldaten aus mehreren Nato-Staaten, die beim Balkaneinsatz möglicherweise durch Kontakt mit nuklear strahlender DU-Munition an Leukämie erkrankt waren, hatten zu Jahresbeginn zu einer internationalen Affäre geführt. Die panzerbrechenden Projektile mit angereichertem Uran waren von der US-Luftwaffe während des Kosovo-Krieges verschossen worden. 28 der 112 Einsatzorte lagen im deutschen Kfor-Sektor. Scharping sah sich damals heftiger Angriffe - Rücktrittsforderungen eingeschlossen - ausgesetzt, weil er mögliche Risiken für deutsche Soldaten auf die leichte Schulter genommen und zu diesem Thema eine mangelhafte, widersprüchliche Informationspolitik betrieben habe.

Sommer sagte gestern: «Es bestand keine Gefahr für unsere Bundeswehrsoldaten auf dem Balkan, und es besteht keine Gefahr.» Nach Auffassung seines Arbeitsstabes sei auch die dortige Zivilbevölkerung nicht durch Uranmunition gefährdet.

Hingegen kam die Kommission im Blick auf Radarstrahlung zu dem Ergebnis, dass es in der Bundeswehr schwere Versäumnisse bei Schutzmaßnahmen gegeben hatte. Als Folge zu hoher Strahlendosen leiden schätzungsweise mehr als 400 ehemalige Radarmechniker unter schweren Erkrankungen wie Krebs, Herzrhythmusstörungen, Immunschwäche. Einige Betroffene starben bereits. Laut Sommer waren

nicht ausreichend abgeschirmte Radargeräte der Grund für die Verstrahlung. Im Zusammenhang mit diesen Schäden lägen derzeit 250 Anträge auf Anerkennung der Wehrdienstbeschädigung vor.

Scharping kündigte «streitfreie und großherzige» Regelungen bei der Entschädigung, Gespräche mit Opfern und ihren Vertretern sowie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe und einer Info-Hotline zu den Radarschäden an. Entschädigungsfragen sollten möglichst noch in diesem Jahr erledigt werden. Er könne aber niemanden vom Rechtsweg abhalten.

Die Zahl derer, die ihn beschreiten, wächst. Im März erstattete Rechtsanwalt Matthias Pohl aus Eckernförde auf der Grundlage von vier Verfahren, die Betroffene vor Sozialgerichten angestrengt haben, Strafanzeige gegen Scharping und Mitarbeiter seines Hauses. Der Berliner Anwalt Reiner Geulen, der mehr als 120 Ex-Radarmechaniker vertritt, kündigte Forderungen auf Schadenersatz und Schmerzensgeld an.

Die Unionsfraktion forderte «die Umkehr der Beweislast zugunsten» der Opfer. Scharpings «Treibjagd der Betroffenen durch die Verwaltungsgerichte muss jetzt endlich ein Ende haben», sagten die Abgeordneten Paul Breuer und Ursula Lietz. Zudem unterstreiche die Kommission den «Vorwurf, Scharping habe sich bei der öffentlichen Debatte über DU-Munition widersprüchlich und dilettantisch verhalten».

Berliner Morgenpost, vom: 22.06.2001

URL:

<http://morgenpost.berlin1.de/archiv2001/010622/politik/story433690.html>